

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

AUSGABE FÜR GRAZ-UMGEBUNG



Ausgabe 9, November 2020 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ**

Herausforderung „Pflege daheim“

PFLEGEDREHSCHIBE AUCH FÜR GRAZ UMGEBUNG

Seite 14



Wie diese Kastanienfamilie hoffen wir auf schönere Tage für uns alle.
Die KPÖ wünscht frohe Festtage und viel Glück im Neuen Jahr.



Gratkorn: Droht Abriss von historischer Villa?

Der Rückkauf einer Villa in Gratkorn durch die Firma Sappi lässt Fragen aufkommen.



Die gelbe Villa in der Gratkorn-Bahnhofstraße ist ein schönes Zeugnis der Baukunst vergangener Zeiten. Aktuell sind die darin befindlichen Wohnungen noch vermietet. Nun be-

kamen die Mieter*innen von der Firma Leykam ein Schreiben, dass sie ausziehen sollen, da die Firma Sappi ihr Vor- bzw. Wiederkaufsrecht nützt. Letzteres sei nötig, da die Firma eine Werksvergrößerung plant. Es gehe um ein bereits bewilligtes Projekt zur Erneuerung des Laugenkessels und des

Schwefeldioxid-Lagers, welches man spätestens im Jahr 2025 umsetzen will, wie den Mieter*innen mitgeteilt wurde. Auch wenn bisher keine konkreten Abrisspläne bekanntgemacht wurden, befürchten viele Menschen, dass die alte Villa den Bauplänen zum Opfer fallen könnte.

Umweg zum Bahnhof sorgt weiter für Unmut



Gratkorn. Die Brücke über die Mur, die an die Gratkorn-Bahnhofstraße anschließt, wurde bereits vor einigen Monaten für die Öffentlichkeit gesperrt. Das bedeutet für viele Menschen, die jahrzehntelang über diese Brücke gegangen sind, einen Umweg, wenn sie nach Gratwein-Straßengel zum Bahnhof oder zum Einkaufen wollen. Gerade für ältere Menschen ist das eine große Erschwernis. „Ich hätte mir gewünscht, dass sich die beiden betroffenen Gemeinden mehr dafür einsetzen, dass den Menschen kein kilometerlanger Umweg aufgehalst wird. Leider hat man die jetzige, schlechte Lösung sogar noch aktiv mitgestaltet!“, ärgert sich KPÖ-Aktivist **Phillip Reininger**.

Jakob Matscheko ist Vater von drei Kindern (3, 5 und 11 Jahre alt) und KPÖ-Gemeinderat in Leoben



„Verantwortungslos“ – Dreifacher Vater kritisiert Schulschließungen

„In den Schulen und Kindergärten wird der Unterricht eingestellt, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsfreistellung gibt es allerdings ausdrücklich nicht“, kritisiert Jakob Matscheko.

Seit einigen Wochen wurde spekuliert, ob bei einem zweiten Lockdown auch die Schulen zusperrten. Zahlreiche Experten beleuchteten die Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln. Dann wurde die Entscheidung der Bundesregierung verkündet, die uns Eltern ratlos zurücklässt. Selbst die Kleine Zeitung betitelt ihren Leitartikel mit „Chaos mit Anlauf“.

Tatsächlich hat die türkis-grüne Bundesregierung erneut bewiesen, dass sie von tatsächlichem Krisenmanagement keine Ahnung hat. Stattdessen setzt sie auf viel PR-Show und schiebt die Verantwortung ab. Das geht inzwischen so weit, dass an einem Samstag Maßnahmen verkündet werden, die ab Dienstag umzusetzen sind. Es bleibt allen betroffenen Stellen also exakt ein Werktag, um individuell Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden – wohlgemerkt, weil die Regierung selbst keine Lösungen parat hat. So wird in den Schulen und Kindergärten der Unterricht eingestellt, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsfreistellung gibt es allerdings ausdrücklich nicht. Man fragt sich, wer sich derartige Regelungen überhaupt ausdenkt. Berufstätige Eltern mit Kindern können da nur den Kopf schütteln.

Viele haben im Frühjahr bereits Urlaub oder Überstunden aufgebraucht, um im ersten Lockdown die Kinderbetreuung zu stemmen. Inzwischen wird wenigstens zugegeben, dass Home-Office + Kinderbetreuung schwer bis gar nicht machbar ist. Vor genau derselben Problemstellung stehen nun aber wieder zehntausende Familien und Alleinerziehende. Sie werden im Stich gelassen – schlimmer noch: ihnen wird die Verantwortung zugeschoben, die eigentlich von der Bundesregierung getragen werden müsste. Man muss es in aller Schärfe sagen: ÖVP und Grüne regieren tatsächlich verantwortungslos, sie sind nicht bereit, Verantwortung zu tragen für die Menschen in Österreich und eine eindeutige Entscheidung – welche auch immer – zu treffen.

Stattdessen wird die Verantwortung für die Bewältigung der Krise sowie für das Wohl der Kinder, der Lehrerinnen und Lehrer, der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und letztlich auch über viele Arbeitsplätze an jene abgewälzt, deren Schutz eigentlich oberste Aufgabe der Regierung ist.

Was für eine Schande!

Herausforderung „Pflege daheim“

Fünf Jahre hat Frau G. aus Graz-Umgebung ihre Schwiegermutter gepflegt. Das war nicht nur persönlich herausfordernd, sondern auch, was den Umgang mit Behörden und Krankenkasse betrifft. Dennoch will sie anderen Betroffenen Mut machen.

Die Pflege daheim wird ein immer größeres Thema. Oft wird betont, dass es vielen Menschen besser geht, wenn sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Für die pflegenden Angehörigen stellt das aber auch große Herausforderungen dar. Vor allem, wenn es schwierig ist, die eigentlich nötige Hilfe zu bekommen.

Frau G. aus Graz-Umgebung hat ihre Schwiegermutter fünf Jahre lang zuhause gepflegt, bevor sie im Sommer dieses Jahres in ein Heim gekommen ist. Von den Behörden und der Krankenkasse fühlte sie sich oft im Stich gelassen, während die Pflege immer anspruchsvoller wurde. „Meine

Schwiegermutter hatte kein Interesse mehr, draußen zu sein“, erzählt sie. „Sie aus dem Bett zu heben, war sehr anstrengend.“ Die Mitarbeiter der Rettung seien zwar sehr freundlich gewesen, konnten aber auch nur vorzeigen, welche Griffe man beim Heben anwenden kann – etwas, das Frau G. erst erlernen musste. „Die Sanitäter waren selber verwundert, wie ich es überhaupt schaffe, meine Schwiegermutter zu heben“, erzählt Frau G. „Sie war sehr schwer und konnte selber nicht mithelfen.“ Für Frau G. war das eine große Aufgabe, die sie auch körperlich über die Jahre stark gefordert hat.

Pflege kommt teuer

Im Sommer dieses Jahres kam Frau G.s Schwiegermutter in ein Pflegeheim. Um dort auch aus dem Bett zu können, benötigte sie einen Pflegerollstuhl. Diese Rollstühle haben eine spezielle Ausrichtung und Polsterung, sodass Menschen, die in einem normalen Rollstuhl nicht gut sitzen können, dort schmerzfrei und bequem hineingesetzt werden können. Demensprechend

müssen die Pflegerollstühle aber auch genau zur jeweiligen Person passen. In einem normalen Rollstuhl hatte Frau G.s Schwiegermutter nicht nur Schmerzen, auch konnte es passieren, dass ihr Kopf auf die Knie fiel. Das Sitzen war aber eine Notwendigkeit, damit sie auch ihre Lungen in dieser Position durchlüften konnte. Trotzdem gab es von der Krankenkasse weder eine Übernahme der Kosten noch einen Zuschuss. „Ich musste mir auch noch Sachen anhören, wie ‚Sie können das ja vom Taschengeld der Schwiegermutter zahlen‘ oder ‚Das wird Ihre Schwiegermutter Ihnen ja wert sein‘“, ärgert sich Frau G. Dabei musste die Familie schon über Jahre mehrere hunderte Euro monatlich für die Pflege daheim bezahlen – trotz Pflegegeld und Pension. „Das muss man sich einmal leisten können!“

Nicht unterkriegen lassen

Frau G. möchte aber anderen Menschen Mut machen, sich nicht immer alles gefallen zu lassen und wenn nötig auch hartnä-

ckig zu bleiben. „Der respektlose Umgang hat mich sehr geärgert“, sagt sie. „Da bekommt man mit, was ein Mensch wirklich wert ist.“ Keinesfalls dürfe man sich unterkriegen lassen. „Mir ist es passiert, dass man versucht hat, mir ein schlechtes Gewissen zu machen, wenn etwas rund um die Pflege zu teuer für mich war. Auf der anderen Seite drehen gewisse Stellen selber jeden Cent zweimal um, wenn es um Förderungen geht.“ Was laut Frau G. ebenfalls verbessert werden muss, ist die Information. „Oft ist man an gewisse Dinge nur gekommen, weil man jemanden gekannt hat.“

Pflegedrehscheibe Graz-Umgebung

Hier soll die Pflegedrehscheibe Graz-Umgebung eine Erleichterung bringen. Die Pflegedrehscheibe ist seit Februar 2020 die zentrale Anlaufstelle für ältere, pflegebedürftige Menschen sowie Angehörige. Das Angebot können Betroffene mittlerweile, auch auf Drängen der KPÖ, steiermarkweit in Anspruch nehmen. Menschen sollen dort alle Informationen über Betreuung und Unterstützungen bekommen.

pixabay hsseeker06



PFLEGEDREHSCHIBE GRAZ-UMGEBUNG

- Anlaufstelle für ältere, pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen.
- Für Personen, die Informationen zur Betreuung und Pflege benötigen und/oder eine Unterstützung zur Bewältigung einer schwierigen Pflegesituation brauchen.

Das Angebot der Pflegedrehscheibe ist kostenlos.

Pflegedrehscheibe Graz Umgebung

Bahnhofgürtel 85, 8020 Graz
4.OG, Zi.Nr. 420

Telefon: 0676 / 8666 0661

E-Mail:

pflegedrehscheibe-gu@stmk.gv.at



KPÖ fordert Kinderbildungs- gipfel

Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist Mittel gegen Personalmangel

Seit Jahrzehnten herrscht im Bereich der Elementarpädagogik in der Steiermark Stillstand. Die dringend nötige Verkleinerung der Gruppengrößen in Kindergärten von 25 auf 20 Kinder wurde bereits 1991 (!) beschlossen, in Kraft getreten ist die Regelung bis heute nicht. Immer weniger qualifiziertes Personal will in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen arbeiten. Erst vor wenigen Monaten gab es einen Aufschrei im Bezirk Graz-Umgebung, weil viele Einrichtungen angaben, kein Personal zu finden. Statt allerdings die Rahmenbedingungen zu verbessern, sollen nun die beruflichen Qualifikationen gesenkt werden. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler fordert deshalb, so schnell wie möglich einen Kinderbildungsgipfel durchzuführen.

Dabei sollen über die derzeitige Situation hinaus langfristige Strategien entwickelt werden, um Auswege aus der nicht zu leugnenden Krise der Elementarpädagogik in der Steiermark zu finden. Einen entsprechenden Antrag hat die KPÖ in den Landtag eingebracht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, umgehend einen landesweiten Kinderbildungsgipfel einzuberufen, bei dem das Thema „PädagogInnenmangel in den elementaren Bildungseinrichtungen“ behandelt wird.

Testankündigung in Kindergärten verunsichert Eltern

Die Art und Weise, wie Corona-Zwangstests in Kindergärten angekündigt wurden, hat bei vielen Eltern für Verunsicherung gesorgt. Tommy Blengl aus Frohnleiten ist selbst Vater. Er schildert in einem Erfahrungsbericht, wie er und andere Eltern das Vorgehen der Landesregierung erlebt haben.

Das Coronavirus zwingt uns alle zu Einschnitten, sei es im Privatleben oder im Beruf. Neben Arbeitsplatzverlusten, Lohneinbußen und der psychischen Belastung durch die Unsicherheiten und Ängste ist es zunehmend auch die Unklarheit vieler Maßnahmen und Verordnungen, die die Menschen in Österreich beunruhigt.

So schlug auch ein Elternbrief von Landesrätin Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß, der knapp vor den Herbstferien ausgeschiedet wurde, in der ganzen Steiermark hohe Wellen. Denn in diesem Schreiben – abgefasst ohne Absender und ohne Unterschrift – wurden die Eltern informiert, sie sollten eine Testung ihrer Kinder per Rachenabstrich durch ein mobiles Team zur Kenntnis nehmen. Diese Kenntnisnahme wäre zu unterzeichnen. Die Vorstellung von voll ausgerüsteten Teams, die spontan in Kindergärten oder Krippen auftauchen würden und die Kleinen unter Anwendung von Zwang mittels unangenehmen Rachenabstrichs zu testen, empörte einen Großteil der Eltern.

Inzwischen wurde dieses Schreiben nach einem Aufschrei vieler Eltern neu formuliert und auf die Freiwilligkeit deutlich hingewiesen. Auch die Möglichkeit einer Testung im häuslichen Umfeld wurde als Wahlmöglichkeit

hervorgehoben. Dennoch nährte diese Aktion das Unbehagen bezüglich der Corona-Maßnahmen. Denn diese sind oftmals unklar formuliert, in vielen Fällen nicht nachvollziehbar oder schwer verständlich und sorgen für zusätzliche Verunsicherung.

So schrieb eine Frohnleitner Mutter:

„Ich empfinde die Kommunikation vom Land zu uns Eltern ehrlich gesagt als wenig zufriedenstellend. [...]

Mein Eindruck ist, dass die Mitteilungen vom Land mehr Verunsicherung schaffen als dass sie Klarheit geben. Ich frage mich langsam, ob das so gewollt ist?! Ich gehe nämlich davon aus, dass Politiker gute Rhetoriker sind und wissen sollten, wie sie sich ausdrücken. Ich nehme wahr, dass mit jedem Schreiben, jeder Pressekonferenz die Ängste in der Bevölkerung steigen. Und wir wissen, dass ängstliche Menschen gut führbar sind. Diese Entwicklung macht mir Angst.

Ich würde mir bezogen auf den Kindergarten/ Schulbereich folgendes wünschen:

Nehmen wir das Infoschreiben. Es wäre schön gewesen, hätte Juliane Bogner-Strauß eine Pressekonferenz gehalten, BEVOR die Schreiben ausgeteilt werden. In dieser hätte sie sagen können, was im Kindergarten/Schulbereich bezüglich der Testungen geplant ist, was das Gesetz vorgibt, welche Alternativen es gibt und, und, und...

Die aktuelle Vorgehensweise empfinde ich als respektlos uns Eltern gegenüber. Ich komme mir überfahren vor.

Im Allgemeinen fühle ich mich nicht gut informiert. Ich weiß nicht mehr, welche Maßnahme wann wo gilt.“

Ähnliche Stimmen waren in einer örtlichen WhatsApp-Gruppe eines Kindergartens von vielen Eltern zu lesen.

Die Pandemie fordert von uns allen sehr viel und wird uns auch noch eine ganze Menge an Herausforderungen bescheren. Doch gerade von der politischen Führung eines Landes darf ich als Bürger bzw. Bürgerin erwarten, ausreichend und gut verständlich informiert zu werden, ohne zusätzlich beunruhigt zu werden.



Wo Wohnen, wenn alle Stricke reißen?

„Wenn Menschen durch einen Schicksalsschlag ihre Wohnung verlieren, muss die Gemeinde helfen!“ Das fordert KPÖ-Aktivist Gerald Gramm in Lieboch.

Seit Jahren werden in der Steiermark die Wohnkosten höher. Mieten und Betriebskosten steigen schon lange weit stärker als Löhne und Gehälter. Aber auch die kommunalen Gebühren – für Müll, Kanal oder Wasser – sind ein Kostentreiber. Viele Menschen müssen bereits einen Großteil ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden. Wenn in einer solchen Situation auch noch ein Schicksalsschlag wie ein Unfall oder eine Krankheit passiert, ist es oft nicht mehr möglich, die Wohnung zu halten – es

droht eine Delogierung. Auch bei anderen Extremsituationen, wie Fällen von häuslicher Gewalt, braucht es eine Alternative zur eigentlichen Wohnung.

Gerald Gramm, Aktivist der KPÖ in Lieboch, sieht hier die Gemeinde gefordert. „Früher gab es in Lieboch eine sogenannte Not- oder Übergangswohnung“, erklärt Gramm. In einer solchen Wohnung könnten Menschen für einen bestimmten Zeitraum unterkommen, wenn sie wohnungslos sind, um sich finanziell zu konsolidieren bzw. um wieder in einem regulären Wohnverhältnis unterzukommen.

Die Wohnung in Lieboch wurde allerdings vor einiger Zeit aufgegeben. Deshalb wäre es für Gerald Gramm an der Zeit, wieder eine Wohnung für solche Fälle



seitens der Gemeinde zur Verfügung zu stellen: „Wenn Menschen ihr Zuhause verlieren, ist das eine sehr schlimme Situation. In diesem Fall muss die Gemeinde zusammenhalten und Betroffenen helfen, indem sie einen Platz zur Verfügung stellt, wo man wieder auf die Beine kommen

kann.“ Sinnvoll wäre es, in Zusammenarbeit mit einer sozialen Einrichtung auch eine Begleitung für Menschen zu etablieren, die in einer Übergangswohnung unterkommen. Auf Initiative der KPÖ konnte eine solche Wohnung zuletzt etwa auch in Mürzzuschlag installiert werden.

Turnsaal in Rein: Ausbau bei Gymnasium soll kommen

Die Diskussion über den Neubau einer Turnhalle mit Mehrzwecknutzung bzw. den Ausbau des Turnsaaltraktes des Bundesgymnasiums Rein scheint nun zu einem Ende gekommen zu sein.

Ausgangspunkt war, dass dem Gymnasium zu wenig Raum für sportliche Betätigung zur Verfügung steht. Das hat zur Folge, dass Schülerinnen und Schüler der Oberstufe für den Turnunterricht zuletzt in ein Fitnessstudio oder ein Hallenbad ausweichen mussten, wie die Direktorin des Gymnasiums in einem Medienbe-

richt erklärte. Der Bürgermeister von Gratwein-Straßengel, Harald Mülle (SPÖ), wollte den Bau einer Mehrzweck-Turnhalle neben der Volksschule Rein durchsetzen. Das hat nicht nur Proteste der Opposition, sondern auch von Anrainer*innen und Eltern zur Folge gehabt. Die Schüler hätten bei dieser Variante einen Fußweg

von über eineinhalb Kilometern zur Turnhalle zurücklegen müssen. Jetzt wurde das Mehrzweckhallen-Projekt zugunsten des Turnsaaltrakt-Ausbaus für das Gymnasium abgesagt. Nach Schätzungen hätte der finanzielle Aufwand für dieses Projekt, der unter anderem von der Gemeinde getragen werden hätte müssen, rund 600.000 Euro über jenem der jetzt beschlossenen Lösung liegen können.

Eine Volksbefragung zu dieser Thematik wurde aufgrund der im November verschärften Corona-Bestimmungen abgesagt. „Ich bin froh, dass die ursprüngliche Variante am alten Standort nun doch kommen soll“, sagt KPÖ-Aktivist Phillip Reiningner. Diese sei nicht nur billiger, sondern würde auch dem Willen der Schule, der Eltern und der Anrainer*innen entsprechen. „Ich bin sicher, dass auch der Druck der Bevölkerung zu dieser Entscheidung beigetragen hat“, so Reiningner.



KPO



**KEINE
ABSCHALTUNG
VON STROM
UND HEIZUNG
IM WINTER!**